Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 78 (2007)

Heft: 11

Artikel: SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr über die künftige Sozialpolitik : "Das Referendum ist noch nicht vom Tisch"

Autor: Müller, Matthias / Fehr, Jacqueline

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-805127

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr über die künftige Sozialpolitik

«Das Referendum ist noch nicht vom Tisch»

■ Matthias Müller

■ *Wo setzen Sie für die nächste Legislatur Ihre sozialpolitischen Prioritäten?*
Jacqueline Fehr: Die erste Priorität gehört der Sicherung eines sozialen Gesundheitswesens. Besonders wichtig ist mir, dass der ambulante Bereich und die Hausarztmedizin gestärkt werden. Das schaffen wir, wenn wir die Hausärzte stärker einbinden, indem wir sie zu Fallmanagern machen, die die gesamte medizinische Behandlung einer Person organisieren.
Daneben gilt es in der anstehenden AHV-Revision das Niveau der heutigen Renten zu sichern, eine gerechte Regelung für das flexible Rentenalter zu finden und die Familien finanziell zu stärken und dank guten Betreuungsplätzen in ihrem Alltag zu unterstützen.

■ *Bei der Pflegefinanzierung sind sich die beiden Räte in wesentlichen Punkten einig. Wie stehen Sie zum aktuellen Entwurf zur Finanzierung der Pflege?*
Fehr: Mit der Stossrichtung bin ich zufrieden, traue aber dem Frieden nicht. Ich befürchte, dass die Bürgerlichen ihre Zugeständnisse nur im Hinblick auf die Wahlen gemacht haben. Die SP lässt aber nicht zu, dass die Bürgerlichen neu verhandeln. Drücken sie die 20 Prozent, die die Pflegenden selber tragen müssen, nach oben, oder bleibt die Finanzierung durch vage Formulierungen unsicher, dann wehren wir uns vehement. Das Referendum ist deshalb noch nicht vom Tisch.

■ *Wie stellen Sie sich die Finanzierung der Pflege angesichts des demografischen Wandels vor?*
Fehr: Die jetzige Generation wird gesünder altern, also erst spät Pflegeleistungen benötigen. Investitionen in Prävention bringen enorme Gesundheitseffekte. Wenn es uns gelingt, die Gesundheitsförderung im Alter massiv zu verbessern, mache ich mir auch keine Sorgen um die zukünftige Finanzierung der Pflege. Mit jährlich 5 Prozent steigen die Pflegekosten heute nicht stärker an als in andern Gesundheitsbereichen.

■ *Warum sind die Krankenkassen im Parlament so gut vertreten und wie wirkt sich das politisch aus?*
Fehr: Ich erlebe diesen Einfluss als grosses Ärgernis. Gerade die Vertreter jener Kassen, die aggressiv lobbyieren, sind deutlich wahrnehmbar. Diese Kassen – wie etwa die Groupe Mutuel – bestimmen zunehmend die Gesundheitspolitik. Sie wollen den Gesundheitsmarkt nach dem Modell der USA umbauen: Versicherungen sollen entscheiden können, wer sich von wem und wo behandeln lässt. Es geht diesen Konzernen in erster Linie um Geld, in zweiter Linie um Marktmacht und frühestens in dritter Linie um eine möglichst gute Gesundheitsversorgung für alle.

■ *Im NFA gehen Heime in die Kompetenz der Kantone über. Ist zu befürchten, dass diese den Heimen weniger Geld zur Verfügung stellen?*
Fehr: Genau wegen dieser Gefahr haben wir den NFA abgelehnt. Denn nach einer Schonfrist werden die Kantone dieses Sparpotenzial nutzen und Leistungen abbauen. Zu welchen Leistungen jemand zu welchem Preis Zugang hat, wird zunehmend vom Wohnort abhängen. So entsteht ausgerechnet in einem Bereich Ungerechtigkeit, wo Gleichheit herrschen müsste.

■ *Wie hat sich die Sozialpolitik des Bundesrats durch dessen veränderte Zusammensetzung geändert?*
Fehr: Die entscheidende Veränderung in der Sozialpolitik fand statt, als Pascal Couchepin die Gesundheitsdossiers übernahm. Seither findet eine Verschiebung von staatlich zu privat finanzierten Leistungen statt. Wir alle zahlen laufend mehr aus dem eigenen Portemonnaie. Immer stärker greift zudem die Risikoselektion um sich. Je mehr gewinnorientierte Akteure mitmischen, desto grösser wird der Druck auf alte oder chronisch kranke Menschen, weil diese durch die hohen Kosten, die sie verursachen, die Gewinnaussichten dieser Unternehmen schmälern. ■